

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Er erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung Göttingen-Zürich. Postgebühren franco gegen franks Gemeinliche Briefe nach der Schweiz folgen Doppelpost.

Abonnements werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahresspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Streuhand) Fr. 3.— für Deutschland (Gauver) Fr. 1.70 für Oesterreich (Gauver) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Streuhand). Inserate die beizugeltene Zeitzeile 25 Cts. — 30 Pfg.

N 22

Donnerstag, 28. Mai

1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besorgt wir und die dortigen Verleger für die Abnahme, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Verschickungsregel verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schaden. Hauptverpflichtung ist hierin einseitig, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an legend eine unerschöpfliche Kasse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschöpfliche Zustellungsbereitschaften mitgeteilt werden. Im postlichen Verkehr empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Refraktionszahlung. Somit an uns liegt, werden wir gerne weder Mühe noch Kosten sparen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Bergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Bravo Bismarck!

Man muß auch dem Feinde gegenüber gerecht sein, ihm diejenige Anerkennung zu Theil werden lassen, auf die er begründeten Anspruch hat. Diesem Grundsatze entsprechend, haben wir dem deutschen Reichskanzler, dem Vater des Sozialistengesetzes, nie das Zeugnis vorenthalten, daß er sich um die Ausbreitung unserer Partei, um die Propaganda für unsere „auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen“ im höchsten Grade verdient gemacht hat, so verdient, daß er mit Recht zum Ehrenmitglied unserer Partei vorgeschlagen werden konnte. Und diesem Grundsatze entsprechend, rufen wir auch heute dem als Staatsmann wie als Korn-, Schnaps- und Holzspekulant gleich erfolgreichen Reichskanzler ein aufrichtiges Bravo! zu.

Er hat uns wieder einmal einen großen Dienst erwiesen. Er hat, unbekümmert um das Reichsgesetz vom 21. Oktober 1878 ein Altentwurf in die Welt geschickt, eine Handlung vorbereitet, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung über den Haufen werfen, sie als null und nichtig erklären gegenüber dem echt sozialistischen Grundsatze: salus reipublicae suprema lex — das Heil der Gesamtheit ist das höchste Gesetz!

Worauf beruht die bestehende Gesellschaftsordnung? Auf dem Eigenthum, auf dem „unveräußerlichen Rechte“, Eigenthum zu besitzen und zu vererben. Ohne Erbrecht kein Eigenthum. Das Erbrecht, auf Grund dessen Bismarck, der Vater, ein verschuldetes Rittergut zu eigen erhielt, und auf Grund dessen Gebrüder Bismarck, die Söhne, mehrere schuldenfreie Rittergüter und diverse Millionen ihr Eigen nennen werden, dieses Erbrecht ist das Palladium der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Dieses Erbrecht ist auch die Basis der bestehenden Staatsordnung, richtiger Staatsordnungen. Die Monarchie, ob konstitutionell oder absolut, beruht auf dem Grundsatze der Legitimität, des angestammten, vererbten Rechtes. Und von den fünfundsiebzig Staaten des Deutschen Reiches sind zweiundzwanzig Monarchien.

Man hat uns Sozialdemokraten den Vorwurf gemacht, daß unsere Bestrebungen nur durchführbar seien mittelst gewaltthätiger Verletzung aller Eigenthumsrechte. Selbst wenn wir eine solche gewaltsame Umwälzung nicht plantem, sagt man, würden wir durch die Logik der Dinge zu ihr gedrängt — unser Programm sei nur realisierbar auf revolutionärem Wege. Die Versammlungsauflöserische, Preßerzeugniß-unterschiedende Wirkung des Sozialistengesetzes ist nur möglich durch solche Auslegung unserer Lehren.

Sei's drum. Aber selbst wenn dem so ist, selbst wenn wir unsere Bestrebungen nicht anders durchsetzen können als mittelst gewaltthätiger Verletzung des bestehenden Rechtes — und nichts anderes vermag man unter Revolution im politischen Sinne — darf nicht ein Grund für uns sein, von ihnen abzulassen? Solange wir die Ueberzeugung in uns tragen, daß das Heil der Gesamtheit von ihrer Verwirklichung abhängt — immer mehr.

Das lehrt uns durch Wort und That unser unüberrettlicher Agitator Bismarck.

Wir wollen nicht von seinen revolutionären Leistungen von Anno 1866 u. c. reden. Das war vor der Ära des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.“ Nein, nicht was gestern geschah, was heute geschieht, sei für uns maßgebend.

Vor wenigen Monaten ist der Herzog von Braunschweig verstorben. Sein rechtmäßiger Erbe, sein legitimer Nachfolger auf dem braunschweigischen Thron, ist der Sohn des verstorbenen Königs von Hannover, der Herzog von Cumberland. Der Anspruch desselben auf den braunschweigischen Thron ist wohl begründet, wie etwa Bismarck's Ansprüche auf den Ertrag der Arbeit der auf den Bismarck'schen Gütern angestellten Tagelöhner, der in den Bismarck'schen Brennereien, Säge-, Papier- u. Mühlen schaffenden Arbeiter. Nun wohl, von der Vererbung durchdrungen, daß das Wohl des deutschen Volkes gefährdet sei, wenn der geschmähte Nachfolger des Herzogs Wilhelm von Braunschweig sein Erbe antrete, hat Bismarck ein Rundschreiben an den deutschen Bundesrath erlassen, in welchem er nicht mehr und nicht weniger fordert

die Annullirung der Rechtsansprüche des Herzogs von Cumberland auf den braunschweigischen Thron — im Interesse des Reichs, der Gesamtheit!

Zu diesem bemerkenswerthen Schriftstück, das so lang ist, als daß wir es hier an dieser Stelle abdrucken könnten, heißt es unter Anderem:

„Der durch die Reichsverfassung gewährleistete preussische Besitz der Provinz Hannover ist von dem Herrn Vater des Herzogs von Cumberland nach Maßgabe des beiliegenden Protestes angefochten worden. Der König Georg hat sich bis an sein Lebensende als einen mit Preußen im Krieg befindlichen Souverän angesehen und die dieser Stellung entsprechende politische Haltung beobachtet, wie das aus der Anlage hervorgeht. Der Herzog von Cumberland ist durch seine Rundgebung vom Juli 1878 in die gleiche Stellung gegen Preußen eingetreten. Der Herzog hat seitdem seinen Ansprüchen an Hannover nicht entsagt, und die Haltung seiner Anhänger in hannoverschen Lande ist bis in die Gegenwart von der Art, daß selbst ein persönlicher Bericht des Herzogs von Cumberland auf die von ihm erhobenen Ansprüche an Hannover der königlichen Regierung keine Bürgschaft für das Aufhören der auf Verletzung Hannover's von Preußen gerichteten Bestrebungen der Welfenpartei gewähren würde.“

„Diese rechtliche Situation gewinnt eine praktische Bedeutung durch die Thatsache, daß mit dem Herzogthum Braunschweig gerade diejenigen hannoverschen Gebiete grenzen, in welchen nach Ausweis der Wahlen zum Reichstag die welfische Partei die Mehrheit der Bevölkerung bildet. Der Herzog von Cumberland würde in seiner benachbarten Residenz nicht wohl (!!) im Stande sein, Verbindungen und Zusammenhänge abzuwehren, welche den inneren Frieden des Reichs in Frage stellen. Wenn die Landeshoheit in Braunschweig mit allen ihren Rechten an der Reichsregierung in die Hände eines Fürsten gelegt würde, der einen Theil der Bevölkerung von Hannover als Vasallen und die gesammte preussische Provinz dieses Namens gilt, so würde die Sicherheit der Provinz von Preußen die Fürsorge für die Sicherheit im Lande selbst in die Hand nehmen (!!), wenn nicht die Institutionen des Reichs die Mittel zur Verhütung unmöglicher Zustände darbieten. Unter diesen Umständen würde, auch wenn das Recht des Herzogs zur Succession ein prinzipiell unbedingtes wäre, die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig und die damit verbundene Beteiligung an der Reichsregierung politisch unzulässig sein, weil die innere Sicherheit des Reichs dadurch gefährdet würde. Se. Majestät der König von Preußen beabsichtigt nicht, der weiteren Entschlebung der Organe des Herzogthums und des Reichs bezüglich der Thronfolge in Braunschweig vorzugreifen; die königliche Regierung sieht aber voraus, daß der Regierungsantritt des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zu Streitigkeiten zwischen Preußen und Braunschweig führen würde, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, also unter dem Begriff des Artikels 76 der Reichsverfassung fallen. In dieser Voraussetzung stellt Preußen den Antrag, die Uebertragung der verbundenen Regierungen dahin auszusprechen, daß: die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reichs nicht verträglich sei, und zu beschließen, daß die braunschweigische Landesregierung hiervon verständigt werde.“

Wir können nicht umhin, Bismarck zu diesem Schriftstück von ganzem Herzen zu beglückwünschen. Sind wir auch den Tendenzen, denen es seine Entstehung verdankt, durchaus fremd, so gestehen wir doch gern, daß wir seinen Inhalt mit wahren Vergnügen gelesen. Wir haben keine Ursache, uns für die Erbansprüche des Herzogs von Cumberland auf den braunschweigischen Thron ins Zeug zu legen, wir hegen für dieselben das gleiche Interesse wie für die Rechte irgend eines mannstollen Idioten auf den bayerischen oder eines liberalisirenden Pantoffelhelden auf den preussischen Thron. Maßgebend ist für uns — wie für den Reichskanzler — das Wohl und Wehe der braunschweigischen, bayerischen, preussischen u. c. Bevölkerung, freilich auch — und darin unterscheiden wir uns allerdings von dem Reichskanzler — der freie Wille derselben, während für Bismarck an die Stelle dieses demokratischen Prinzips das Interesse der Hohenzoller'schen Dynastie tritt.

In der Hohenzollerndynastie verkörpert sich für ihn das deutsche Reich — aber nicht kraft seiner Legitimität, sondern kraft des revolutionären Wohlfahrtsprinzips — der deutsche Bundesrath soll die Rolle eines Wohlfahrts-Ausschusses spielen und mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl des Reiches — salus reipublicae — den Herzog von Cumberland seiner Erbansprüche für verlustig erklären. Dies geschieht, — und die Majorität ist dem preussischen Antrage bereits „gesichert“ — stempelt jeder Versuch, zu seinem Rechte zu gelangen, den Herzog zum Hochverräter, zum Rebellen. Sein Vermögen wird mit Beschlag belegt, soweit der Arm — fast hätten wir gesagt: die Finger — der preussisch-deutschen Exekutive reicht.

Heute mir, morgen dir! Was heute dem Welfen passiert ist, kann morgen dem Wittelsbacher, dem Wettinger, dem Jähringer u. c. passieren — und übermorgen dem Hohenzoller. Prinzipiell bleibt sich die Sache durchaus gleich, es ist eine reine Macht- und Mächtigkeitsfrage. Und was den Fürsten von „Gottes Gnaden“ recht ist, kann den Fürsten von Geldsack u. c. Gnaden nur billig sein; wir müßten keinen Grund, weswegen der Grundsatze des öffentlichen Wohles vor dem Rechte der Volksausbeuter Halt machen sollte.

Wenn also die großen Ausbeuterparteien im deutschen Reich, insbesondere die Nationalliberalen und Konserva-

tiven, dem Bismarck'schen Erlaß begeistert zustimmen, so fällt es uns gar nicht ein, ihnen einen Vorwurf daraus zu machen. Im Gegentheil, wir versprechen ihnen, daß ihr vortreffliches Beispiel nicht vergessen werden soll.

Dagegen bitten wir die Herren um Eines. Mögen sie uns auch in Zukunft angreifen und beschimpfen, soviel sie wollen, mögen sie unsere Partei mit denjenigen Mitteln bekämpfen und zu vernichten trachten, welche ihnen ihre geistigen und materiellen Mittel erlauben, nur mögen sie ihre moralische Entkräftung über die Anwendung von Gewalt, welche die Durchführung der sozialistischen Grundsätze möglicherweise erfordert, ihre Deklamationen über die Verwerflichkeit revolutionärer Mittel in Zukunft hübsch zu Hause lassen. Sie machen sich damit einfach lächerlich. Ihr Abgott, ihr Herr und Meister ist es, der uns hierin mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Nur in seinem Sinne handeln wir, wenn wir den Grundsatze aufstellen: Was geschrieben ist Recht! was verbrieft ist Erbansprüche! sie sind leerer Blunder —

Das Wohl der Gesamtheit ist das höchste Gesetz!

Darum, bravo Bismarck!

Blutige Pfingsten.

Paris, das „Herz der Welt“, wie es der große Dichter Viktor Hugo einst nannte, ist am Pfingstsonntag wieder einmal der Schauplatz eines blutigen Zusammenstoßes zwischen den Handlangern der herrschenden Klassen und der Volksmasse gewesen; der 14. Jahrestag des blutigen Pariser Aufstandes von 1871 ist durch neues Blutvergießen gefeiert worden. Es sind uns über die betreffenden Vorgänge zwei Briefe zugegangen, beide von Augenzeugen herrührend: der erste von einer Gruppe in Paris lebender deutscher Pfingsten verfaßt, der zweite am Abend des verhängnisvollen Tages unter dem unmittelbaren Eindruck der blutigen Pfingsten geschrieben.

Wir lassen der Wichtigkeit halber beide Briefe ihrem Wortlaute nach folgen.

Paris, den 25. Mai 1885.

Gestern hat die Pariser Bevölkerung, wie alljährlich am letzten Sonntag des Mai, ihre Sympathie für die in dem Kommuneaufstand gefallenen Kämpfer kundgeben wollen. Alle sozialistischen Vereine und Klubs sendeten Delegationen, um Kränze und rothe Fahnen auf den Kirchhof Père Lachaise zu bringen, dem Ort, wo sich die letzten Szenen des Kommuneaufstandes, die Massen-Grabschleusen, abspielten. Schon 10 Uhr Morgens war der Kirchhof militärisch besetzt, jedoch war der Eintritt zu demselben nicht verboten. Um 2 Uhr Nachmittags nahm der Jubel zum Eingang bescheiden einen Umfang an, wie er seit Erdroffnung der Kommune noch nie dagewesen. Jung und Alt, Weiber und Kinder, zogen nach der an der Rückseite des Kirchhofes gelegenen Straße, wo die gefallenen Opfer der Verfallener Ordnungshandeln eingescharrt liegen, um den Platz mit Blumen und Kränzen zu schmücken. Auch wurden verschiedene rothe Fahnen nach dem Kirchhofe gebracht, um an der historischen Ruine aufgespannt zu werden. Das war natürlicherweise in den Augen der dahin beorderten bewaffneten Macht höchst staatsgefährlich, da mußte Säbne geübt, da mußte unbedingt der wahrcheinlich von höheren Oertern vorher kommandirte Vorfall vorgenommen werden. Die Polizeigeranten provozierten einen Angriff auf die zuerst angekommenen Fahnen. Nach kurzem Kampfe gelang es der Polizei, sich der ersten Fahne zu bemächtigen. In demselben Augenblicke kamen aber noch andere rothe Fahnen an. Die Waffe der Anwesenden, durch den ersten Angriff der Polizei, der sich jetzt wiederholte, gereizt, wollte die Fahnen in Schuß nehmen, vielleicht weniger um der Fahnen willen, als um sich das Recht zu wahren, den braven Kämpfern der Pariser Kommune eine Ovation darzubringen, welche selbst das frühere reaktionäre Ministerium nicht zu verhindern gewagt hatte.

Nun spielte sich eine Scene ab, die jeden Augenzeugen mit tiefem Schrecken erfüllen mußte. Die Polizei unternahm mit Hilfe der am Ort aufgestellten Stadtsoldaten einen erneuerten Angriff auf die Fahnen, und es fand ein Gemetzel statt, welches der dritten bestehenden Bourgeois-Republik einen Schandstich ausdrückt, wie ihn schimpflicher die exreaktionäre Monarchie nicht aufweist. Polizisten und Soldaten hieben mit Säbeln und Gewehrkolben auf die nicht bewaffnete Volksmasse ein. Mit einem tausendstimmigen Schrei: „Vive la Commune!“ beantwortete die Menge die Provokation und empfing die bewaffnete Macht mit Steinwürfen. Der Kampf dauerte fast zwei Stunden. Dauernder Widerstand konnte der wüthenden Soldateska nicht entgegengekehrt werden, da die Volksmasse in friedlicher Absicht gekommen war und ernsthafter Waffen entbeherte. Die Polizisten und Soldaten schonten selbst die Frauen und Kinder nicht. Mit gefüllten Bajonett suchten sie sich um jeden Preis zu Herren der Situation zu machen. Selbst auf die am Boden liegenden Verwundeten schlugen sie noch mit ihren Gewehrkolben drein. Es mußte unbedingt ein Exempel statuirt werden; trotz des Hülfeschreies wehrloser Frauen und Kinder wurde die Volksmasse mit blanker Waffe zurückgedrängt. Die Stadtsoldaten („la bello garde de Paris“) trahen mit aufgeflossenen Bajonett blindlings auf die Masse ein, als wären es wilde Thiere. Diese bewaffnete Bande mußte unbedingt vorher von ihren Borgefehten bis aufs Keuferste aufgehetzt worden sein, denn sonst wäre eine derartige Handlungsweise unmöglich gewesen.

Jedermann ohne Ausnahme war so empört über dieses schauerhafte Gemetzel, daß wenn das Volk bewaffnet gewesen wäre, dieser Ordnungshandlung ihre Rolle nicht leicht geworden wäre; so müßten die Anwesenden der Uebermacht weichen und den Platz räumen. Die Ordnungsmaschine hat wieder ihre Schuldigkeit gethan, die Polizeiherrn blieben Sieger, noch einmal ist es ihnen gelungen, mittelst Gewehrkolben, Bajonett und Säbel dem Unrecht Recht zu verschaffen. Aber diese Opfer (8 Tode und 37 Verwundete), welche der Kampf des von gegnerischer Seite in Szene gesetzten Blutbades dem Proletariat gekostet, wird sich an denen rächen, die ihn provozierten. Man fürchtet, daß wenn der Arbeiterbevölkerung nicht volle Satisfaction von Seiten der Regierung zu Theil wird, sie sich gezwungen sehen wird, der bewaffneten Polizeimacht bewaffnete

Volksmacht entgegenzusetzen. Der 24. Mai 1885 wird in den Annalen der Geschichte Frankreichs mit rothen Letztern eingeschrieben werden. Aber für das internationale Proletariat wird es auch ein neuer Beweis für die Notwendigkeit sein, den engagierten Kampf um die Volksrechte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen, und durch ein festes Zusammenhalten der unterdrückten Volksklasse Geltung zu verschaffen.

Paris, 24. Mai.

Während die offizielle Welt: Ministerium, Kammer, Senat und der Gemeinderath von Paris sich überbieten, in schwingenden Beschüssen und nach schwingenderen Reden den Freiheitskämpfer Viktor Hugo zu feiern und sein Begräbniß zu einem bis jetzt noch nie dagewesenen zu gestalten, während das jetzige Ministerium die Verstärkung abzugeben hat, auf alle Fälle für die öffentliche Ruhe zu sorgen, hat heute auf dem Pörsenplatz ein Gemetzel stattgefunden, welches an die Tage des Mai 1871 erinnert.

Der Vorgang ist folgender: Wie in den letzten sechs Jahren regelmäßig, so sollte auch dieses Jahr den Zuletzgefallenen der Kommune von deren Angehörigen, beziehungsweise den Mitgliefern der verschiedenen revolutionären Parteien, eine Sympathie-Demonstration dargebracht werden. Außer dem Jahre 1880, wo der damalige Polizeipräsident Zumpfen eine Polizeihand vornehmen ließ, verließen diese Demonstrationen bisher in der ruhigsten Weise, und kein Mensch ahnte, daß es dieses Jahr anders zugehen sollte. Es war allerdings unter Hinweis auf die Vorkommnisse bei dem Begräbniß Jules Vallés sowie in Vallois-Berret verboten worden, den öffentlichen Aufzügen die rothe Fahne zu entfallen, aber Niemand konnte annehmen, daß sich dieses Verbot auch auf den inneren Raum eines Kirchhofes erstreckte. Demzufolge wurde denn auch von den verschiedenen Gruppen beschlossen, ihre Fahnen mitzunehmen, um dieselben an der historischen Mauer des Pörsenplatzes zu entfallen. Zahlreiche Bouquets sowie Kronen von Immortellen wurden gebracht. Um 2 Uhr sollten die offiziellen Feiertlichkeiten beginnen. Doch schon beim Eintritt in den Kirchhof konnte man wahrnehmen, daß heute „etwas passiren“ würde. Der Eintritt war von bis an die Fahne bewaffneten reitenden Municipalgarabiten dicht besetzt. Der innere Theil des Kirchhofes war überfüllt mit Polizisten und Infanteriesoldaten. Mehrere Vereine mit Fahnen wurden schon unmittelbar bei ihrem Eintritt in den Kirchhof von der Polizei attackirt und der Fahne beraubt, was natürlich nicht ohne kleine Scharnitzel abging. Doch waren dies nur Vorpostengefechte.

An der Mauer selbst, wo die letzten Kämpfer der Kommune fielen, waren ungefähr 7-8000 Menschen versammelt, mehrere andere Tausende hielten sich in der nächsten Umgebung auf, oder zogen heran. Die Polizei marschirte in höchst provokatorischer Weise kolonnenförmig an der Mauer vorbei, ebenso mehrere Biquets Infanterie, und nahm auf der vor der Mauer sich befindenden großen Wiese Aufstellung, Gewehr bei Fuß. Um 2¹/₂ Uhr kam eine stärkere Gruppe, welcher es gelungen war, mit ihrer Fahne bis in unmittelbare Nähe der Mauer vorzubringen. Da auf ein Mal stürzte die Polizei wie ein Rudel angelegener Eber auf die Fahne und wollte sie herunterreißen. Ein erbittertes Handgemenge entstand. Auf der ganzen Linie der Polizei und des Militärs ertönte das Kommando: „En haue!“ und wie wilde, entmenschte Bestien stürzten sich Militär und Polizei auf die Wehrlosen. Ein Schrei der Entrüstung und ohnmächtiger Muth entrang sich der Menge, welche nach allen Richtungen hin wild auseinanderstob, hinter ihr die Soldaten, mit dem Kolben dreinhauend und mit dem Bajonett blind darauflosstehend; die Säbel der Polizei durchstießen die Luft und fielen auf die Köpfe der Fliehenden nieder. Nur eine entmenschte Soldateska und feige Henkersknechte können so wüthen, wie hier gewüthet wurde; ganz ebenso wie vor 14 Jahren auf demselben Boden. Man muß es gesehen haben, wie die Wuth auf den Gesichtern der Polizisten und Soldaten sich widerspiegelte, um solche Grausamkeiten für möglich zu halten. Sie hielten auf die schon Gefallenen immer wieder von Neuem ein, um ihre Werdzier zu betheuern. Zur Stunde (3 Uhr Abends) hörte ich, daß 3 Tode und 100 Verwundete dieses Gemetzel zum Opfer gefallen sind. Doch dürften sich zahlreiche Verwundete, welche sich zu retten vermochten, aus Furcht vor noch weiterer Strafe verschleiern, und sich gar nicht melden. Die Verhafteten wurden kolonnenweis abgeführt.

Und das ist geschehen im Jahre 1885, in der dritten französischen Republik unter dem radikalen Ministerium Brisson! Ich wiederhole, von Seiten der Arbeiter wurde nicht provokirt, die ganze Schuld fällt auf die Polizei und das Ministerium, denn woher kamen denn auf einmal die verschiedenen Regimenter Militär angetrückt, und setzten das ganze Quartier in Belagerungszustand, wenn anders nicht dieser Coup vorbereitet war!

Und diese barbarische Menschenjagderei am Vorabend des Begräbnißes Viktor Hugo's! Das ganze Vorgehen zeigt, welcher Haß selbst in den radikalen Bürgerkreisen aufgestapelt ist gegenüber der selbstbewußt auftretenden Arbeiterklasse, und welcher heimatlichen Niedertrachtigkeit sie fähig sind, wenn es gilt, diesem ihrem Haß Ausdruck zu geben. Wenn das Ministerium ob dieses Fallens nicht von ganz Frankreich danongezogen wird, kann man sich sehr bald neue und verstärkte Aufstöße erleben. Die Polizei und Soldateska sind noch ebenso blutgierig wie zu Zeiten der Kommune, das hat die heutige Schlächterei gezeigt.

Morgen soll das Mitglied der Kommune, J. Cournot, beerdigt werden. Wieleicht gibt dieser Umstand wieder von Neuem den „Wächtern der strengen Sittlichkeit“ Gelegenheit, einzuschreiten, da die revolutionären Gruppen beschlossen haben, ein demonstratives Begräbniß zu ver-

anstalten, und Dienstag soll der öffentlich verstorbene Deputirte Amourou, der ebenfalls Mitglied der Kommune war, beerdigt werden. Ob diese Begräbniße ruhig verlaufen, ist sehr die Frage.

So die beiden Berichte. Natürlich hat es auch auf Seiten der Polizei nicht an Pfeffern gefehlt, die Angefallenen wehrten sich eben ihrer Haut, so gut sie konnten.

Angefaßt der kolossalen Aufregung in der Pariser Arbeiterbevölkerung hat es die Regierung für besser gehalten, bei der Beerdigung der Kommunisten Cournot und Amourou jeden Zusammenstoß mit den Demonstranten zu vermeiden, die sich diesmal allerdings für alle Fälle nach Kräften bewaffnet hatten. Einige kleinere Scharnitzel mit den Polizisten fanden erst statt, nachdem die Sozialisten den Kirchhof verlassen hatten.

In der Deputirtenkammer begrüßte man dagegen das brutale Auftreten der Polizei mit lautem Jubel. Die Herren Opportunisten waren die Ersten, um das „radikale“ Ministerium wegen des rücksichtslosen Einschreitens gegen die „Anarchisten“ — für die Herren sind alle Sozialisten Anarchisten — zu beglückwünschen und es aufzufordern, auch fernerhin das Entfallen der „aufrührerischen“ rothen Fahnen nicht zu dulden. Und statt davon abgesehen zu werden, erhielt das Ministerium ein indirektes Vertrauensvotum, dem selbst viele Anarchisten zustimmten! Die „reaktionäre Masse“ fühlte sich.

Der Polizeipräsident hat für das ganze Seine-Departement (Paris und Umgebung) das Ausschließen aller Embleme außer der nationalen Flaggen verboten. Die revolutionäre Pariser Arbeiterbevölkerung wird sich indes schwerlich dieses indirekte Verbot der ihr so theuren rothen Fahne gefallen lassen.

Der Verlauf der Reichstagsession!

hat die Vertreter der besitzenden und ausbeutenden Klassen im höchsten Grade befreudigt. Und das kann auch nicht Wunder nehmen. Sie haben ihre Schätze verloren, und sie haben es gut gefunden — so gut, daß Stücke der Haut mit der Wollse abgeschnitten wurden.

Die Herren jubeln und klopfen vergnügt auf die zum Plagen gefüllten Taschen. Nun — wir gönnen ihnen die Freude. Wir wissen, daß eine verkehrte Politik, ein schlechtes System, nicht durch theoretische Argumente beseitigt werden kann, sondern nur durch die Praxis, nur durch die Verwirklichung und deren Folgen.

Bei Besprechung des famosen Antrags Kernermann auf indirekte Einführung der Zwangsinnungen setzten wir schon auseinander, daß die Annahme dieses Antrages nothwendig sei, um die deutschen Handwerker zu verhandeln zu bringen. Ein solches Heilmittel, und wäre es noch so handgreiflich falsch, wird stets blühende finden, solange es nicht zur Anwendung gelangt ist. Diejenigen, welche an die heilende Kraft glauben, sind nur dadurch von ihrem Irrthum zu überzeugen, daß man sie das angebliche Heilmittel probiren läßt. Einem Kind mag man tausendmal in der eindringlichsten Weise sagen, daß das Feuer brennt, es wird nicht eher aufhören, mit dem Feuer zu spielen, als bis es sich die Finger verbrannt hat. Und ein kluger Vater beschleunigt den Erkenntnißprozeß, indem er die Finger des feuerlustigen Kindes ans Feuer hält, so daß dessen Wirkungen praktisch erkannt werden.

Noch kein wirtschaftlicher und politischer Irrthum ist jemals anders aus der Welt geschafft worden als durch die Praxis.

Unsere Gegner scheinen das nicht zu wissen. Sonst würden sie, die den Sozialismus für einen „unausführbaren Traum“, eine „wider-natürliche Geistesverirrung“ erklären, nicht mit so großem Eifer, und meist mit so brutaler Grausamkeit jeden Versuch zur Verwirklichung dieser Utopie zu unterdrücken bemüht sein. Oder glauben die Herren selbst nicht an die von ihnen behauptete Unausführbarkeit?

Ansere's Erachtens sollte in jedem freien Gemeinwesen eine großartige Versuchstation für politische und wirtschaftliche Experimente bestehen, in der jeder Weltverbesserer und Erfinder eines neuen Systems freien Spielraum hätte — allerdings unter Bedingungen, welche die Sicherheit seiner Mitmenschen wahren.

Genug — einzig und allein durch die Praxis kann die Verkehrtheit und Gemeinlichkeith der Bismarck'schen sogenannten „Wirtschaftsreform“ den Volksmassen zum Verständniß gebracht werden. Die Praxis ist ein argumentum ad hominem, dem auch das stumpfste, haltstarrigste Gehirn sich nicht auf die Dauer verschließen kann. Und in Sachen der Wirtschaftsreform, sobald sie in das Stadium der praktischen Verwirklichung eintritt, wird das mächtigste argumentum ad hominem zum Wort kommen — der Hunger.

Daß durch die neuen Zölle eine Erhöhung der Lebensmittelpreise herbeigeführt wird, leugnen die Annalisten der Wirtschaftsreform und des armen Mannes wohl kaum mehr im Ernste. Sie beschwichtigten aber ihr Gewissen damit, daß sie sagen, Hand in Hand mit dieser Erhöhung der Lebensmittelpreise werde auch eine Erhöhung der Löhne und des Verdienstes gehen, so daß der allgemeine Wohlstand sich hebe.

Die Herren Wirtschaftsreformer vergessen ganz, daß eine gleichmäßige Erhöhung aller Preise — den Preis der Arbeit mit inbegriffen — absolut gar nichts bedeutet und die Dinge ganz auf dem alten Fied läßt. Wer erinnert sich nicht des hübschen Märchens — wenn wir nicht irren, hat Andersen

*) Beweis am Menschen.

Der erste Artikel. Bis zur Befreiung des deutschen Volkes von ihren Fesseln durch Napoleon I. im Jahre 1806 herrschte das Gesetz des Todfalls noch in Deutschland (auch die Leibeigenschaft). Hiernach nahm z. B. der König von Preußen der Wittve oder den Waisen auf dem Lande, deren Vater und Ernährer gestorben war, „das beste Pferd aus dem Stalle“ u. s. w.

Jeder Genosse würde erweisen, ob wir heute gegen damals — vor 80 Jahren — wirklich in politisch-sozialen Leben erheblich fortgeschritten sind.

Daß den Führern der Bauern sehr richtige Ansichten in Bezug auf ihre Ziele innewohnen, ersehen wir aus folgender Stelle des Bekenntnisses Thomas Müllers, beziehungsweise eines seiner Kampfgenossen: „Ist euer Artikel gerecht? Omnia simul communia! das ist, Alle Ding sollen gemein seyn! und sollen jedem nach nothdurft aufgetheilt werden nach Gelegenheit. Und welcher Fürst! Graf oder Herr das nicht thun würde! und das eifrig erymnet den sol man die Kopf abschlagen oder hengen.“

Wer über die damalige Zeit mehr zu wissen wünscht, lese A. Bebel's Buch: „Der deutsche Bauernkrieg.“

Wenn es aber Euch Genossen und der Redaktion angenehm ist, lasse ich noch mehr derlei folgen.

Hören nunmehr die XII Artikel!

Dies Grundrissen des rechten Haupt Artikels aller Bauerschaft und Hunderlassen der Bauischen und Wäitigen oberkapten! von welchen ist sich beschwert vermainen.

Dies nach uolgent die Artikel.

Der erste Artikel.

3. Im Ersten ist unser Blemützig bitt vnd beger | auch vnsrer aller will vnd maynung | das wir nun sühndin gewalt vnd macht wöllen haben | ain ganze gemein sol ain vnsrer selbst Eröden vnd Igehen. Auch gewalt haben denselbigen wieder zu ensenzen | wann er sich ungerpülich fiedt | der selbig eröndt vnsrer sol vns das halig Euangeli lauter vnd klar pnbigen von allen menschen zu say | leer vnd gebot | dam vns den waren glauben sich verflümbigen | gepst (giebt) vns ain vrsach Gott vnd sein Gnad zu bitten | vnd den selbigen waren glauben einbilden vnd in ons bestelten | dann wann seyn genad in ons nit eingepfudet wird | so bleibn wir stet Keych vnd blut | das dann nichts nutz ist | wie kürlich in der geschriff stat das wir allain durch den waren glauben zu Gott kommen finden | vnd allain durch seyn darmberzigkait fällig

es geschrieben — von dem Sultan, der nicht genug Geld hatte, um seinem Großvezier die Todesstrafe besah, ihm zehnmal so viel zu verschaffen, als in der Schatzkammer war? Der Großvezier, der sich an der seidenen Schnur hängen sah, wurde durch seine Frau gerettet, die ihm rieth, das Geld schnell umprägen zu lassen und auf jedes Stück den zehnfachen Betrag setzen zu lassen.

Der Sultan war selbenvergnügt — er hatte hundert Millionen Reichthum, jeder Unterthan in seinem Reich hatte zehnmal soviel als vor der großen „Wirtschaftsreform“, die Löhne stiegen um zehnfache und — Sultan wie Volk — Alle hatten in Wahrheit genau so viel wie zuvor.

Aus diesem Märchen scheinen unsere Wirtschaftsreformer ihre nationalökonomische Weisheit geschöpft zu haben. Nur mit der kleinen „praktischen“ Verbesserung, daß sie durch Ausplünderung des arbeitenden Volkes in ihre eigenen Taschen einen tüchtigen „Rehrwerth“ hineinpraktizirt haben.

Und obendrein ist es eine feststehende Thatsache, daß die Erhöhung der Löhne mit der Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht Schritt hält. Von einer Erhöhung der Löhne ist überhaupt in Deutschland bis dato nichts zu spüren.

Wohl aber von der Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Und es ist auch keine Aussicht auf Erhöhung der Löhne vorhanden. Im Gegentheil. Abgesehen von der chronischen allgemeinen Krise, welche die moderne Gesellschaft in Folge der allgemeinen Ueberproduktion leidet, und abgesehen von den Spezialkrisen, die in einzelnen Industriezweigen, z. B. der Eisenindustrie herrschen, ist durch den Weltmarkt Konkurrenzunfähig gemacht, und daß sie außerdem fremden Staaten zu Repräsentanten herausfordert. Die Repräsentanten haben denn auch nicht auf sich warten lassen. Frankreich, Rußland, Oesterreich haben ihre Zölle gegen uns erhöht oder sind im Begriff, es zu thun. Statt vermehrten Absatzes haben wir somit eine Verminderung der Absatzgebiete und des Absatzes.

Und, mit Ausnahme der Großen, die den „Nautzug“ gemacht haben, hat Niemand einen Nutzen von der Wirtschaftsreform.

Naïve Vorpiegelungen, Schwind, Plünderung — das ist die Wirtschaftsreform, das ist die neue Sozialpolitik.

Verschärfung der Krise, Schädigung der Industrie, Vermehrung der Massenlosigkeit, geistigere Ausbeutung der arbeitenden Klassen — das sind die nothwendigen Folgen der Wirtschaftsreform, der neuen Sozialpolitik!

Je schneller und je empfindlicher diese Folgen zu Tage treten werden, desto eher kommt das Volk zur Erkenntniß.

Jedenfalls haben die Urheber und Theilnehmer des neuesten großnautzuges in den Sarg der herrschenden Gesellschaftsordnung einen dicken Nagel geschlagen.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 27. Mai 1885.

In deutschen Arbeiterkreisen macht sich gegenwärtig eine Bewegung bemerkbar, die darauf hinausgeht, dem Arbeiter die schuldige Verantwortung der sozialdemokratischen Abgeordneten durch Massenpetitionen nachdruck zu verleihen. So wenig wir uns auch von dieser Petitionsbewegung versprechen, so können wir ihr doch nur das Wort reden. Man muß dem Gegner auch den letzten Wort nehmen; und den Redenarten Bismarck's, daß er die Arbeiterklasse nicht deshalb bekämpfe, weil er daran zweifle, daß die große Masse der Arbeiter mit ihnen einverstanden sei, könnte nicht besser geantwortet werden als durch Millionen von Unterschriften deutscher Arbeiter Gunsten des Gegners.

Nach dem der Anwalt der Millionäre sich auf den Ankauf des Schwertes stützen, wenn er die Arbeiterforderungen ablehnt, nur mit der „Käuflichkeit der Arbeiter“ bleibe uns der Mann des rücksichtslossten Kampfes um den Profit vom Hals.

Die Dampfersubvention stellt, gleich der damit zusammenhängenden Kolonialpolitik, sich mehr und mehr als Schwindel heraus, und zwar als Schwindel in des Wortes gemeinster Bedeutung. Wie für die Herren Wörmann, Lüderig, Hansemann und Konjorten nach Hinter- und Vordermännern die Gründung der deutschen Fieberkolonien nur eine ganz ordinäre Geldspekulation ist, so entspringt sich jetzt auch die Dampfersubvention als ein Geschäft niedrigerer Art. Der Bremer Lloyd oder wie er mit seinem persönlichen Namen heißt Herr Meyer von Bremen („der Lloyd, das bin ich!“) brachte Geld und wendete sich zu diesem Bezug an gewisse, der Reichsregierung nahe stehende Individuen, mit deren Hilfe dann die Sache in Szene gebracht ward. Herr Meyer wurde eine feste Subvention zugesichert. Daß das Ding aber nicht so ohne Weiteres machen ließ und die Sanction des Reichstages eingeholt werden mußte, so war man genöthigt, das schmutzigen Geschäft ein Wäntelchen überzuwerfen: man rebete von patriotischen Interessen, und wie es Pflicht eines jeden Patrioten sei, dieselben zu fördern, und versprach dem Volke goldene Berge, wenn es

müssen werden! Darum ist uns ein solches vorgeer (Vorgeher) vnd vnsrer von nöthen und in dieser Gestalt in der geschriff gegründt.

Der ander Artikel.

Zum andern nach dem der recht zehat auff gefest ist (im) alten Testament vnd in Neuen als erfaldt | nichts bestminder wöllen wir den rechten for zehat gern geben doch wie sich gebürt | dem nach man sol in (ih) Gott geben | vnd den seynen mittagen | gebürt es ainem vnsrer, so klar das wort godes verkindt | seyn wir des willen, hinfiro diesen zehat | vnser kirch dropp | so dann ain gemein seht | Sollen einseimeln und enpnenen | daruon ainem vnsrer so von ainem ganzen gemein eröndt wird | seyn zynlich genugsam auffenthalt gebe im (ih) vnd den seynen nach erkantnus ainem ganzen gemein | vnd was über bleibet sol man (armen dürfftigen) | so imselben dorff vorkhanden seynd) mittailen | nach gestalt herfack vnd erkantnus ainem gemein | was über bleibet sol man behaltten | so man Keychen nicht onandem nothwezen | darmit man kain landts steier dürff auff den armen anlegen | Sol man vns von diesem über schuß aufrichten | Auch ob (sch) wäre das ain oder mer dorffer weren, die den zehenden selbst verkaufft hettent auß etlicher noch halben | dieselbigen so darumb zu zagen | in der gestalt haben von ainem ganzen dorff der sol es nit entgehen Sondern wir wöllen vns zynlicher weis nach gestalt vnd (sch) mit im verglichen | im (ih) sollich wider mit zynlicher zyl vnd zeit ablassen | Aber wer von kainem dorff sollich Erkaufft hat vnd ire forfaren jnen selbst solch zugegengt haben | wöllen vnd sollen vnd seynd jnen nichts weyers schuldig zu geben | allain wie obstat vnsern Erwöllen vnsrer darmit zu onberhalten | Rahmalen ablesen | oder den dürfftigen mittailen | wie die halig geschriff ininhölt | So seyn gaitlich oder wellich den Keychen zehat wöllen wir gar nit geben | Dann Got der herr das vich frey dem menschen beschaffen | das wir für ain onzynlichen zehat sechen den die menschen erbidet haben | Darumb wöllen wir jn nit weiter geben.

Der drit artikel.

Zum Dritten | Ist der brauch bypfer gewesen das man vns für jn eigenent gehalten haben wölich zu erdarmen ist | angesehen das vns Christus all mit seynem kostparlichen plut vergüßen | erlöst vnd erkaufft hat | den Gyrten gleich als wol als den höchsten | kain anghenommen | Darumb erfindet sich mit der geschriff das wir frey seyn

*) Dort findet er auch (S. 141/144) die zwölf Artikel in modernem Schriftdeutsch übertragen. Red.

für die Subvention begehrte. Vergeden beste unser Genosse Dieß den Schwind auf, vergeden erklärte er — was die Spaten von den Dächern herunterpfeifen — daß das Geschäft mit Herrn Meyer in Bremen bereits für und fertig abgeschlossen sei. Der Reichstag hörte nicht auf die warnende Stimme, wolle nicht auf sie hören. Und so kam dann die famose Gesetzesvorlage zu Stand. Zugendscheu hat man eine kleine Anstandspause gemacht; sie ist aber nun vorüber und — Herr Meyer in Bremen wird nächstens die Millionen der Dampfmaschinenfabrikation in der Tasche haben. Das nennt man Unterstützung des deutschen Handels und der deutschen Industrie! Und wer zahlte die Millionen, welche in die Taschen des Herrn Meyer in Bremen bugstirt werden? —

— m. Der russisch-deutsche Auslieferungsvertrag ist im Reichstag nicht mehr zur Verhandlung gekommen. Trotz der vorliegenden Session, und obgleich damals schon lebensfähig der Entschluß stand, die Session von Pflingsten zu schließen, drückte Bismarck noch Ende April den Vertrag im Bundesrathe durch und ließ ihn dem Reichstage zugehen. Man hätte nun denken sollen, es habe ihm auch etwas an der Beratung im Reichstag gelegen. Thatsache ist aber, daß er den Vertrag ganz ruhig in den großen Papiertord der unterirdischen Katakomben und Anträge werfen ließ. Zur Erklärung dieses auffälligen Verhaltens hat man zwei Vermuthungen aufgestellt: Die eine, der Auslieferungsvertrag sei aus den persönlichen Wünschen des Kaisers zu Stande gekommen, und Bismarck, der nur mit Widerstreben nachgegeben, sei froh gewesen, sich das Ding mit guter Manier vom Halse zu schaffen. Die andre, der „eiserne“ Bismarck habe sich vor der Opposition im Reichstage gefürchtet.

Bei der zweiten Vermuthung brauchen wir uns nicht aufzuhalten. Sie ist zu lächerlich. Zwar kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Wichtigkeit des Reichstags den skandalösen Betrag auf das Lebhafteste empfand; und es ist sogar wahrscheinlich, daß der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung keine Aussicht auf Annahme hat, allein das würde einem Menschen wie Bismarck doch nicht verhindern haben, sein Möglichstes zu thun, und sich auf das „Breitwägen“ des Reichstags zu verlegen, in dem er ja eine große Virtuosität besitzt. Und erscheint auch die un- veränderte Annahme des Vertrags aussichtslos, so liegt es doch sehr fern, daß durch einige Modifikationen, die gar nicht wesentlich zu sein bedürfen, die Annahme erzwungen werden kann. Im Nothfall würde der Reichstag, der die Mittel für das Aequivalent auf das schweizerische Bundespalais lieferte, auch für ein Aequivalent auf den Reichstag Einiges „locken“ können. Der biedere Schmidt, Paul-Weller'scher Art, ist ja aus seinem Jugthaus in Gnadon entlassen, und er während seiner unheimlichen Ruhe zahlreiche Kollegen gefunden. An geeigneten Leuten würde es also nicht fehlen.

Wenn unrichtig, selbst sinnlos ist die andere Hypothese. Daß der deutsche Kaiser seinen Bismarck zu etwas gezwungen haben soll, ist an sich schon eine spasshafte Voraussetzung. Noch spasshafter ist aber die Voraussetzung, der russisch-deutsche Auslieferungsvertrag sei nicht nach dem Verlangen unseres Otto. Es steht in dieser Voraussetzung ein Stückchen der famosen Legende vom „liberalen Bismarck“, der im Grunde auf Ausland sehr schlecht zu sprechen sei, und dem sächsischen Nachbar gar ein wenig unheimlich wäre. Diese Legende ist von den Nationalliberalen in Umlauf gebracht worden, die ihrem Abgott ein Bißchen Liberalismus andichten müssen, um ihren eigenen Prinzipienabfall weniger grell erscheinen zu lassen. Kein, Bismarck ist kein Gegner des europäischen Nationalismus; er ist noch heute derselbe pommerische Krautkunker, der 1848 und 1849 für das „Vaterland“ in Petersburg schwärmte; derselbe Bismarck, der 12 Jahre später als Gesandter in Rußland seine Bewunderung für die moskowitische Politik bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck brachte; und derselbe Bismarck, der wenige Monate nach seiner Ueberrückung des Ministeriums seinen schmachtlichen Kartellvertrag mit Rußland abschloß, welcher Preußen zum Heiler und Zerkauer Rußlands machte und der würdige Vorgänger des heutigen Auslieferungsvertrags ist.

Die Nachgiebigkeit des ruffenfreundlichen Reichskanzlers erklärt sich daraus, daß es ihm mit dem Auslieferungsvertrag nicht preßirt. Für Preußen hat er bereits einen analogen Vertrag. Die übrigen deutschen Bundesstaaten sind bereit, auch ohne Vertrag auszuliefern, wie der Fall Bulgarien beweist — da hat also keine Eile. Um so weniger, als der Auslieferungsvertrag, wie wir schon früher ausführten, vielmehr für das Ausland bestimmt ist als für Deutschland.

— s. Wenn das Lob der Feinde ein bedenkliches Zeichen, dagegen der Tadel und Haß der Feinde ein sicherer Beweis dafür ist, daß eine Partei korrekt gehandelt hat, dann müssen die Vertreter unserer Partei im Reichstag sehr korrekt gehandelt haben. Denn von allen Seiten wird auf sie losgeschimpft und losgehört — auch nicht ein einziges Preßorgan, das ein gutes Wortchen an unsere Vertreter und ihrer parlamentarischen Thätigkeit liehe. Unsere Abgeordneten sind keine Revolutionäre, und sie sind keine Parlamentarier. Sie sind aber vielleicht auch — einige gutmüthige Seelen geben das gnädig zu — zu verständlich, um im Reichstag die Revolution zu machen, haben sie sich auf den Parlamentarismus geworfen. Dabei ist ihnen aber erst recht schlecht gegangen. Sie hatten weder materielle noch moralische Erfolge, waren faul und haben sich nach allen Richtungen hin blamirt. So summt's durcheinander in der feindlichen Presse.

und wollen sein | Mit das wir gar frey wollen seyn | laßn oberhalt haben wollen | Verneht uns Gott nit | wir sollen in gepotten leben nit in freyem freylichden mutwillen. Sonder got lieben in als unsern Herren. in unsern nachsten erkennen | vnd alles das so wir auch gern hetten | das vns got am nachtmal gepotten hat zu einer ley | darumb sollen wir nach seinem gepot leben zagt vnd weis vns dies gepot nit an das wir der oberhalt | nit forsam seyn nit allain der oberhalt | sunder wir sollen vns gegen jederman diemütigen | das wir auch gegen unser erwellen vnd gepieten oberhalt (so vns von got gesekt) in allen sündlichen und Christlichen sachen geren gehorchen sein | freyn auch auch onzweifel in wedenit (werdet) vns der Ehrbaitenheit als war vnd recht Christen geren entlassen oder vns in Euangeli das berichten das wir seyn.

Der viert Artikel
Zum vierten ist bisher in brauch gewesen | das laßn armer man nit gewalt gehait hat | das in schiffen gefigelt oder sich in sischende wasser nit zu wachen (zu fangen) zu gelassen werden | welsch vns ganz vnzunlich vnd vnbrüderlich bundt | sunder eigenmütig vnd dem wort got nit gemeh sein | Auch in etlichen orten die oberhalt vns das gewilt zu trug vnd wettigen schaden haben | wil vns das vns (so got dem menschen zu nit wachen hat lassen) die vnuerständigen thyr zu vnunz verstreuen mutwilliglich leiden müssen | dar zu schiltweigen das wider got vnd dem nachsten ist | Wann als got der herr den menschen erschafft | hat er in gewalt geben über alle thier | oder den vns in luft vnd über den fisch in wasser. Darumb ist vnser begeren wann armer wasser hette vns das ers mit genugsamer schifft benutzen mag das man das wasser vnunzweylich also erkauft hette | begeren wir jns nit mit gewalt zu nemen | Sunder man muß ein Christlich eyntsehen darvntzen haben | wegen brüderlicher liebe | aber wer nit genugsam anzeige darumb kan thun | solt armer gemayn ziemlicher weis mitailen.

Der fünft Artikel
Zum fünften seyn wir auch beschwert der bescholung hab | dann vnser herrschaffen habend jnen (sich) die hetzer (Wälder) alle allain ercignen | vnd wann der arm man was bebarst muß ers umb mayn geltt lauffen | ist vnser mahnung was für hölder seyn | Es habens geistlich oder weltlich jnen die es nit erkauft haben | sollen ayner

Die Einstimmigkeit des Tadel und des Beschimpfes ist uns eine sichere Bürgschaft dafür, daß unsere Feinde mit uns sehr unzufrieden sind, was immerhin einigermaßen schmeichelhaft für uns ist. Es fällt uns nicht ein, hier in eine Vertheilung unserer parlamentarischen Thätigkeit einzutreten zu wollen. Soviel ist aber gewiß, im Verhältnis zur Zahl ihrer Mitglieder hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag quantitativ wie qualitativ weit mehr geleistet als irgend eine andere Fraktion; es ist dies wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die sozialdemokratische Fraktion, dem demokratischen Charakter unserer Partei gemäß, von jedem Mitgliede Arbeit fordert und jedem Mitgliede Gelegenheit zur Arbeit gibt.

Im Uebrigen hoffen wir uns auch künftig die Unzufriedenheit unserer Feinde recht eifrig zu verdienen.

— s. In den letzten Tagen vor Schluß der Reichstagsession wurde auch die Kieler Angelegenheit noch erledigt. Natürlich in aller Hast. An eine ernsthafte Diskussion war nicht mehr zu denken. Der Antrag auf Bestrafung der schuldigen Beamten wurde, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, abgelehnt, dagegen der Kommissionsantrag, welcher die Bestrafungen für ungesetzlich und der Reichsverfassung zuwiderlaufend erklärt, fast einstimmig angenommen. Die Regierung hätte gern diese Resolution zurückgezogen, die, wenn auch feige und inkonsequent, den Beamten doch einigermaßen un bequem ist.

— Herr Eugen Richter will im Herbst dieses Jahres zu Berlin eine tägliche Zeitung herausgeben. Man sollte denken, es sollte nicht an fortschrittlichen Zeitungen; sie sind aber indessen nicht ganz so orthodog, wie sie nach Eugen Richters Meinung sein sollten. Herr Eugen Richter kennt nämlich nur eine Orthodog, d. h. auf deutsch nur einen richtigen Glauben, und das ist der Glaube an den unfehlbaren Eugen Richter. Und es gibt leider kein einziges Blatt in Deutschland, das diesen Glauben unverfälscht und unabhingewogen hätte, oder zum Ausdruck brächte. Speziell in Berlin, der „Hochburg der Fortschrittspartei“ — stiehlt einer „Hochburg“, in die schon bedenkliche Drogen gelegt sind — hat Herr Eugen Richter gegenwärtig kein einziges Organ. Das „Tageblatt“ ist längst abjeten gegangen, „Lante Boh“ hat legerliche Anwendungen schlimmster Art, und gar die „Volkszeitung“ steht höchstens noch mit einer Fußspitze im freihändlerischen Richter'schen Lager: sie macht mitunter in „Sozialforum“ und hat, neben verschiedenen anderen, auch ein demokratisches Gewissen — eine Leohnage, die von Herrn Eugen Richter niemals verziehen werden kann. Was die fortschrittliche Presse außerhalb Berlins betrifft, so gibt sie sich ja wohl dazu her, die Richter'schen Korrespondenzen und die Korrespondenzen seines Wächers für Alles, Parisius, abzurufen und zu honoriren, ermangelt jedoch sonst der nöthigen Richter'schen Orthodog, indem sie noch andere Götter anerkennt neben dem Allg. Eugen Richter.

Trotzdem will es uns bedünken, Herr Eugen Richter mache mit Gründung seines täglichen Blattes keinen geschickten Streich. Ein täglich erscheinendes Blatt kostet außerordentlich viel Zeit und Arbeit — von dem Gelde nicht zu reden, das zu beschaffen dem erprobten Richter'schen Finanzgenie ja nicht schwer fallen wird. Die schlimme Krippe für Herrn Eugen Richter wird seine Monotonie sein. Macht diese Monotonie sich jetzt schon bei den Reichstagsreden und Korrespondenzen des Herrn Eugen Richter in erschreckender Weise geltend — wie erst, wenn er genötigt ist, Tag für Tag, Jahr aus Jahr sein einseitige Manierweise an den Mann zu bringen! Viel Arbeit wird er sich allerdings nicht lassen lassen: hat doch Herr Eugen Richter das beweiswürdige Beispiel, seinem Publikum denselben Stoff in der verschiedensten Form vorzusetzen, bald als Korrespondenz, bald als Rede, bald als Artikel, bald als Agitationshandbuch. In dieser industriösen Fleißigkeit (bei thatfächlicher Einseitigkeit) erinnert er uns lebhaft an jenen Gesangsman, der seine Nation Kantabai erbaute, dann getrodnet, rauchte, und schließlich als Kade noch schimpfte. Es fragt sich bloß, wie lange es noch — Gläubige geben wir, die an dieser mannigfachen Behandlung und Verwendung des Richter'schen Kantabais Gefallen finden.

— Das berühmte Dynamitgesetz, welches der vorige Reichstag annahm, hat genau die von uns vorausgesagte Wirkung: diejenigen, gegen die es gerichtet war oder ist, werden nicht getroffen — sie vermeiden mit Rechtigen die plumpen Klagen — aber unschuldige Leute, die ihr Verbot nicht an den Umputz von Staat und Gesellschaft denken, obgleich sie geschäftlich mit Dynamit zu thun haben, fallen herein. Dieser Tage wurde in Dresden wieder ein solch aynungsloser „Berbrecher“, und zwar ein weiblicher — eine Botenfrau aus Kadorf bei Plauen i. S., zur „niedrigsten zulässigen Strafe“, nämlich drei Monaten Gefängnis, verurtheilt. Die Delinquenta hatte ohne polizeiliche Genehmigung den Transport von 5 Pfund Dynamit übernommen. Welch schredliche Morbidität! Bis jetzt sind im Ganzen 14 Verurtheilungen auf Grund dieses famosen Gesetzes erfolgt, und von den 14 Verurtheilten sind 13 notorisch ganz unschuldige Leute, und vom 14. ist es zum Mindesten ungewiß, ob er zu „verbrecherischen Sünden“ im Besitze von Dynamit war. So werden heutzutage „Berbrecher“ gemacht.

— r. Berlin, 20. Mai. Nachdem die Parlamente verfloren sind, ist hier der Gesprächsstoff ausgegangen. Um so mehr muß jetzt die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung den Reportern und solchen, die es werden wollen, herhalten. Vor Allen stützen sich unsere Preßsozialen auf die sogenannten lokalen „Führer“ in der Hauptstadt. Und nicht nur die Reporter, auch die Herren Korresponden-

gen sind gemayn wieder anheim fallen | vnd ayner gemeyn ziemlicher weis frey sein ain veltlichen sein naturist jns haub zu brennen vnd sunst lassen nemmen | auch wann von nöten sein wurde zu zynnen vnd sunst nemen doch mit wissen der | so von der gemain dar zu erwelt werden So aber kain vorhanden wer | dann das so redlich erkauft ist vordern | Sol man sich mit denselbigen brüderlich vnd Christlich vergleichen | Wann aber das gut am anfang auch jnen selbst geayntet wer worden vnd nachmals verlaufft worden | Sol man sich vergleichen nach gestalt der sach vnd erkannnuß brüderlicher liebe vnd heiliger geschriff.

Der Sech Artikel
Zum sechsten ist vnser hart beschwerung der dynst halden welsche vntag zutag gemert werden und teglich zu nemen | begeren wir das man ain zimlich eyntsehen dar ein thu | vns der massen nit so hart beschweren | Sonder vns gnädig hier innen ansehen wie vnser Eltern gedient haben allain nach laut des Wort gotes.

Der Sybent Artikel
Zum sibenden das wir hinsiro vns (von) ain herrschafft nit weiter wolle lassen beschweren | sander wiez ain herrschafft zimlicher weis ain verleycht also sol ers besigen laut der verainung des herren vnd daren | Der soll in nit weiter zynnen noch drungen mer dynst noch anders von jm umbsunst begeren | darmit der Baur solch gutt on beschwert also redlich brauchen vnd niesen müz | ob (wenn) aber des herren dienst von nöten weren | soll jm der baur willig vnd geporsam für ander sein | doch zu stund vnd zeit | das dem daren nit zu nachtail hyen | vnd jm umb ainem zimlichen pfennig denn thun.

Der Achst Artikel
Zum achten sey wir beschwert | vnd der vil so gütter jnen haben | das die selbigen guter die gult nit ertragen sünden vnd die Buren das jr darauf einbleffen vnd verderben. das die herrschafft die selbigen guter | Erbrecht besichtigen lassen | und nach der billigkeit ain gult erschöpf | da mit der baur sein arbeit nit vnd sunst thye | dann ain veltlicher tagwerker ist seyns lons würdig.

Der Neunt Artikel
Zum neunten seyn wir beschwert der großen freßel | so man sich new jagung macht | nit das man vns strafft

ten. So weiß der bekannte hiesige Korrespondent der „Dresdener Ztg.“, der ich die Meyer oder auch der „ruhreich“ Alexander genannt, aus bester Quelle zu berichten, daß die Berliner Parteigenossen tief verstimmt seien darüber, daß die lokalen Arbeiterführer entweder Restaurationen oder Cigarrenladen eröffnet hätten oder in sonstige Stellungen getreten seien, so daß sie ihrem eigentlichen Arbeiterberufe untreu geworden wären. Diese ganze Nordgeschichte ist pure erfunden. Wohl ist es wahr, daß sich die Berliner Parteigenossen nach den Gründen erkundigten, weshalb irgend einer der sogenannten „Führer“ die Arbeit aufgegeben und ein Geschäft errichtet habe; aber meist waren die Genossen sofort aufgeklärt, daß entweder eine Arbeitslosigkeit vorlag, oder doch besorrend, wenn der Betreffende von der Agitation nicht ablassen wollte. So rieth der edle Meyer selbst dem ausgewiesenen Wald vor, an dessen Ausweisung auch dieser Deutsch-Freistünne mitschuldig ist, daß derselbe in Brandenburg ein Barbiergehäut verbunden mit einem Cigarrenladen begründet habe! „Berjungenen muß die sozialdemokratische Kanalle!“ — das ist der Grundton in allen schriftstellerischen Leistungen des Herrn Meyer. Wie den Genossen Ewald, so beschelt er alle die bekannteren Genossen in Berlin durch, mit Ausnahme eines einzigen, der noch immer ein schlichter Arbeiter sei. Dieser Eine wird solches Lob auf Kosten seiner Kameraden nicht annehmen, da auch er nicht mehr zu den Lohnarbeitern gehört, sondern eine andere Stellung angenommen hat, gewiß aus denselben Gründen, von denen seine Freunde geleitet worden sind. Wenn irgend einer unserer Genossen, besonders von denen, die öffentlich agitatorisch zu wirken berufen sind, sich aus der Lohnkammer etwas bereiten kann, so thut er im Interesse der allgemeinen Sache wohl daran — und wenn er auch ein Cigarren- oder Materialwaarengeschäft, oder eine Restauration aufmacht. Die Parteigenossen, die da vielleicht von Ausbeutung sprechen, bedenken nicht, daß sie, wenn das Wort einmal gelten soll, von den anderen Lebensbedürfnissen und Restaurationen doch sicher in demselben Maße „ausgebeutet“ werden. Am schlechtesten aber sieht solcher Vorwurf dem Herrn Zeitungsforrespondenten Alexander Meyer zu, der fortwährend das Gehirn seiner Leser durch seine albernen Kalauer und durch seine „unerschrockenen“ Behauptungen und Lügen ausbeutet. Der Mann sagte einmal, das Bier, welches nicht getrunken werde, habe seinen Beruf verfehlt — übrigens der einzige gute Witz, den er gemacht hat; ungleich mehr, als ein solches Bier, hat Herr Meyer selbst seinen Beruf verfehlt. Derselbe wollte Rechtswissenschaft studiren und hätte es sicherlich zu einem berühmten Rechtslehrer gebracht. Da hätte er seinem Naturell gemäß lügen und heucheln können nach Herzenslust — das hätte wenigstens nicht so viel geschadet, als wenn er jetzt in den Zeitungen sein Unwesen treibt. — Versprochen hat der Gole diesmal vor der Wahl ganz fest, daß er im nächsten Jahre gegen die Verlängerung des Sozialgesetzes stimmen werde — aber Versprechen und Halten ist bei diesem Herrn zweierlei. So wird es wohl kommen, daß Herr Alexander Meyer bei den nächsten Reichstagswahlen in seinem jetzigen Wahlkreis Halle a/S. mit Glanz durchpurzelt.

— Einen schätzbaren Beitrag zur Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit haben die Ghesch der in Nr. 14 unseres Blattes (Korrespondenz aus Pöbner) gekennzeichneten Firma Conza und Böhm in Pöbner wieder einmal geleistet. Diese Rasterfabrikanten haben vor Kurzem fünf ihrer tüchtigsten Vorarbeiter auf's Pfahler gesetzt — keine bösen Sozialdemokraten, sondern friedfertige Gewerkschafter, die nur das furchtbare Verbrechen begangen haben, als Ausschußmitglieder der Fabrikantenkassette im Rahmen ihrer Kollegen für die Rechte derselben einzutreten. Für diesen Hochverrath an den unveräußerlichen Rechten des Kapitals haben sie nun Zeit, auf der Landstraße über die Arbeiterfreundlichkeit der konservativen und ultrakonservativen Sozialreformer nachzudenken. Denn just diese Herren waren es, welche bei Beratung des Bismarck'schen Krankenlängengesetzes mit wahren Feuereifer für die Erhaltung der Fabrikanten eintraten, dieser „schönen Stätten friedlicher Zusammenwirkens zwischen — Kapital und Arbeit!“ — Wer laßt da?!

— Staatsanwaltschaftliche Scherze. Der an Stelle des bekannten konservativen Reichstagsabgeordneten von Schwarze zum sächsischen Generalstaatsanwalt ernannte Regierungsrath Held hat neulich bei einer Gerichtsverhandlung eine Rede gehalten, über die unsere fortschrittliche und demokratische Presse ganz aus dem Häuschen ist. Das Sternchen-Riesemid der „Frankfurter Zeitung“ hat ihr die Ehre eines besonderen und besonders warmen Zeitartikels zu Theil werden lassen.

Der Generalstaatsanwaltschaftliche Held meint, der Staatsanwalt habe nicht bloß die Aufgabe, den Schuldigen zu verfolgen, sondern auch — und in noch höherem Maße — die Unschuld zu beschirmen. Er solle sich nicht als Jäger betrachten, der Verbrecher zu fassen hat, sondern als den Vertreter des Rechts. Das ist wunderbar. Leider nicht neu. Leider auch nicht neu aus staatsanwaltschaftlichem Munde. Sogar der brave Vorgänger des Herrn Held, Generalstaatsanwalt von Schwarze, hat es gesagt, sehr emphatisch gesagt, und nicht bloß mündlich, sondern schwarz auf weiß, in einem eigenen Buche. Und unter den Kuspizien dieses Buches hatten wir in Sachen die Kera Rangold!

Wir fürchten: den gesprochenen Worten des neuen sächsischen Generalstaatsanwalts Held wird es genau so ergehen wie den gedruckten Worten des vorigen sächsischen Generalstaatsanwalts — sie werden von der Praxis dementirt, und nach Noten und — Instruktionen in den Wind geschlagen werden.

nach geschilt der sach | sunder zu zeitn auß großem meid | vnd zu zeitn auß großem gunst | Ist vnser mahnung | vns bey alter geschriebner straff straffen darnach die sach gehandelt ist | vnd nit nach gunst (d. h. parteilich).

Der zehent Artikel
Zum zehenden sey wir beschwert | das etlich haben jnen zugeaignet | wifen der gleichen oder | die dann ainem gemayn zu gehorndt | Die selbigen werden wir wider zu vnsern gemainen handen nemen | Es sey dann sach das mans redlich erkauft hat | wann mans aber vnbilligher weis erkauft hat | Sol man sich gutlich und brüderlich mit ainander vergleichen nach gestalt der sach.

Der Elfst Artikel
Zum allsten wollen wir den brauch genannt den todtsfall ganz vnd gar abthun haben | den nimmer leben noch gesaiten | das man witten waisen das jr (Jrige) wider got vnd eeren | also schentlich nemen beraden sol | wie es an vil orten (wenigerkeit gestalt) geschehen ist | Und von den | so sy besigen vnd beschirmen solten | hand sy vns geschunden vnd geschaden | vnd wann sy wenig sag hettent gehait | hettent diß gar genommen | das got nit mer leben wyl | sunder sol ganz ab sein | kain mensch nichts hinsiro schuldig sein zu geben | weder wenig noch vil.

Beschluß
Zum zwelsten ist vnser beschwert vnd endliche mahnung | wann ainem oder mer Artikel alshie gestelbt (So dem wort Gottes nit gemeh) weren | als wir dann nit vermeynen die selbigen artikel | wo man vns mit dem wort Gottes für vnziemlich anlagen | welt wir dar von abtken | wann man vns mit grundt der schriff erkert | Ob man vns schon etliche artikel vns luyß | vnd her nach sich vnd das vnrecht werden | sollen sy von fund an todt vnd al sein | nicht mer gelten der gleichen ob sich in der schriff mit der warhait mer artikel erkunden | die wider got vnd beschweren des nachsten weren | wyl wir vns auch vorbehalten | vnd beschloffen haben | vnd vns in aller Christlichen leer vns vnd brauchen | darumb wir got den herren bitten wollen | der vns das selbig geben kan vnd sunst nyemant | der srib Christi sey mit vns allen.

Ab.

Da gilt der umgekehrte Satz wie bei den Pfaffen: Nicht dich nach meinem Handeln und nicht nach meinen Worten! Und wie das Handeln und die wahre Absicht der Herren ist, welche der blühenden Themas die Waage halten und das Schwert führen, das weiß doch wahrhaftig jedes Kind.

Beiläufig sei noch bemerkt, daß die schöne Rede gelegentlich der Verhandlung gegen einen — Gutsbesitzer gehalten wurde!

— Otto präsentirt sich wieder als „Anwalt des armen Mannes“. Raum ist die Session geschlossen und der Klang seiner letzten menschlichen Reden verhallt, so wird von den offiziellen Skribenten in die Welt hinaus trompetet, die nächste Session würde der Sozialreform geweiht sein, und namentlich auch das berühmte Altersversorgungsgesetz bringen. Wir hatten gedacht die Zeit wäre vorbei, wo Otto am „Kladderadatsch“ mitarbeitete. Er scheint aber die Narrenspotten nicht lassen zu können — der alte Komödiant!

Nun — wenn er die 5 Millionen in runder Summe, welche er sich in der letzten Session durch geschickte Handhabung der Gesetzgebungsliste in die Tasche gezauert hat, auf dem Altar des Vaterlands niedergelegt haben wird, dann glauben wir vielleicht an sein „Ders für den armen Mann“. Vorher nicht.

— Schweiz. Die Schweizerische Arbeiterbewegung befindet sich in erfreulichem Aufschwunge. Das hat sich auf dem vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund einberufenen Arbeiterkongress gezeigt, der am ersten und zweiten Pfingstfeiertag in Bern tagte. Es waren dort 98 Vereine (Gründervereine, Fachvereine und allgemeine Arbeitervereine) vertreten, und war der Geist, der die Delegierten befeuerte, ein vortrefflicher. Der Züricher Arbeitertag vom September 1888 hat gute Früchte getragen.

Auf einer speziellen Konferenz der Mitglieder des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wurde die Frage der obligatorischen Wanderunterstützung beraten und prinzipiell bejaht, die endgültige Entscheidung der Urabstimmung vorbehalten.

Eine Belpredung der Delegierten derjenigen Sektionen, welche der Organisation des Arbeitertages angehören, beschloß einstimmig, daß der Sitz des Aktionskomitees desselben auch fürderhin Zürich sein solle, und lehnte einen Antrag auf andere Zusammenkunft desselben mit allen gegen 4 Stimmen ab.

In seinen öffentlichen Sitzungen nahm der Kongress Stellung zu Gunsten der Erweiterung des Haftpflichtgesetzes, dem die Einführung einer obligatorischen Unfallversicherung, über welche der Zentralpräsident des Schweizerischen Gründervereins, Herr Scherrer aus St. Gallen, sowie für Einführung gewerblicher Schiedsgerichte, über welche Nationalrath Schappi aus Aargau referirte. Weitere Referate erhalteten Statistiker Greulich aus Zürich über Arbeitsstatistik und Bernstein aus Zürich über die Bedeutung der Fachorganisationen. Es wurde beschlossen, diese Referate in Form von Flugblättern zu öffentlichen, dagegen von Herstellung eines besonderen Kongressprotokolls abzusehen.

Zur großen Genugthuung Aller konnte konstatiert werden, daß das Organ des Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, „Die Arbeiterstimme“, fortgesetzt an Abonnenten zunimmt, so daß sie binnen Kurzem zweimal pro Woche wird erscheinen können.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Emancipation der Arbeiterklasse trennten sich die Delegierten, fest entschlossen, an dem begonnenen Werk tüchtig weiterzuarbeiten.

Der Kongress darf als ein wohlgefolgener bezeichnet werden, und wird nicht verfehlen, auf die Schweizerische Arbeiterbewegung befruchtend zurückzuwirken.

Korrespondenzen.

Berlin, Anfang Mai. (Ein Muster-Patriot.) In der heutigen Nummer unseres Organs finde ich den Namen einer mir sehr bekannten Persönlichkeit, und ich kann nicht unterlassen, dem über dieselbe Gesagten eine Erwähnung beizufügen.

Es ist dies Herr M. Schauenburg in Lauch (siehe Nr. 19), Ritter des Röhlinger Löwen, besser würde es heißen — deutscher Raubritter und Sozialistenfresser. An allen Thüren der Werkstätten genannter Firma prangt die schöne Inschrift: „Sozialisten und Verbandsmitglieder haben keinen Zutritt.“ Warum diese Vorsichtsmaßregel? Nun, auch wieder lauter — Patriotismus. Ich will darüber jeden Leser selbst urtheilen lassen.

Wie von jetzt froh der Herr auch von „Humanität“: er sorgt für seine Arbeiter wie mancher Vater für seine idealistischen Kinder, d. h. er sorgt sie, wenn er ihrer überdrüssig ist, so schnell wie möglich zum Teufel. Unterscheidener trat seinerzeit bei dem ehrenwerthen Preispatrioten in Arbeit, und mußte ich es mir gefallen lassen, daß man mir wöchentlich einen Kupon von 1 Mk. 40 Pf. machte. Da mir von Seiten meiner Kollegen mitgetheilt wurde, daß, falls ich mich dagegen auflehnte, ich möglichst bald mein Bündel schnüren müßte, so schweige ich, bis die Zeit gekommen. Und sie kam — leider für mich eine sehr traurige.

Herr Schauenburg hat für das Wohl seiner Arbeiter sehr väterlich gesorgt. Er hat für sie eine Krankenkasse sowie eine Sparkasse errichtet. In dem Statute derselben ist ausdrücklich bemerkt, daß der Arbeiter erst Anspruch auf Krankengeld zu machen hat, wenn er sich einer ärztlichen Konsultation unterzogen, aber man ist so schlau (oder besser gesagt schlicht), dem Eintretenden nicht einmal ein Statut einzuhändigen. Es waren seinerzeit Arbeiter da, welche im Laufe von 7 Wochen 7 Mk. 80 Pf. Krankengeld bezahlten hatten, und wie Hunderte vor die Thür gestellt wurden. Auch an mich kam die Reihe; ich wurde hinausgeschleift, weil ich mit dem intimen Freund und Zuträger des Herrn Werkmeisters in Konflikt kam. Obgleich ich nun die ganze Woche auf Stuhl gearbeitet, mußte ich mich mit einem Hungerlohn abfertigen lassen. Ich wandte mich daher an die hochwohlwollende Polizei, dort aber erklärte mir, daß ich 3 Mk. Strafe zahlen müßte für Mißhandlung. Natürlich zahlte ich nichts, sondern erklärte den Herren, daß ich nur gekommen sei, Herrn Schauenburg zu verklagen, eventuell 14tägige Kündigung verlange oder meine Stückerarbeit ausbezahlt.

Man erklärte mir, daß man die Klage erst in 14 Tagen vornehmen könne. So also, Ihr Hallunken? Seht es an den Krügen eines Arbeiters, so muß er zahlen ohne Verhöre, gilt es aber, den Geldsack der Bourgeoisie zu schützen, so lacht Ihr den Arbeiter am Narrenseil herumzuführen. Nur gut, daß nicht jeder Arbeiter sich absprechen läßt. Sie werden die Erfahrung gemacht haben, daß wenn man dem Arbeiter jeden gesetzlichen Weg versperrt, er noch zwei gesunde Häuse hat. Allerdings war es mein Rathsel, denn ich mußte 7 1/2 Monate drummen, doch die Zeit ist vorbei, und trotz aller zwangswelken religiösen Uebungen ist der Delinquent noch der alte.

Nun noch einige Worte an Sie, Herr Schauenburg. Gewiß war Ihnen die plötzliche Begegnung mit Ihrem Maschinenfaktor Gassehauser**) sehr unangenehm, als die Visite bei der Frau Ihres Kutschers vorüber war. Wäre es vielleicht nicht auch besser, wenn Sie die Maschinenmädchen erst nach beendeter Arbeit auf Ihr Logis kommen ließen? Oder geschieht auch das wieder aus lauter Patriotismus? Nun, der Leser wird wissen, was er von diesem Nordpatrioten zu denken hat. Fortis.

Deßau, im Mai. Es haben sich in letzter Zeit hier in Deßau eine Reihe von Körpern abgesetzt, die so recht beweisen, in was für einem „freisinnigen“ Reichthum wir leben. Es war ungefähr Mitte Januar, als der Vorsitzende des hiesigen Fachvereins der Steinhauser, Kipping, bei dem Chef unserer hochwohlwollenden öffentlichen Versammlung anwesend, in welcher der aus Berlin ausgewiesene Maurer Conrad über gewerkschaftliche Organisation referiren sollte. Aber, wir leben ja in Anhalt, und da darf und soll die Sozialdemokratie keinen Boden

finden, denn — „der Herrgott wüßte das nicht“, ist von einer Person, welche eine ziemlich hohe Stellung bekleidet, gesagt worden, und wir glauben dem Herrn. Man nahm nicht allein Kipping in Haft, sondern es wurden auch noch tauch ein paar Diener der heiligen Unversehrtheit nach seiner Wohnung beordert, um hier eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Man ammelirte denn auch richtig ein Exemplar von „Die Frau“ von Bebel, die „Zehnjährige Waise“ und die Nr. 3 unseres Organs. Inzwischen war auch Herr Conrad aus Halle eingetroffen, und unter Bedeckung nach dem Polizeibureau transportirt worden. Jetzt begann nun das hochnotpeinliche Verhör vor unserem Herrn — Gut ab! — Oberstaatsanwalt vom Polizeirevier, mit dem in nähere Unterhaltung zu kommen unsere Genossen, nebenbei gesagt, als ein wahres Gaubium betrachten, und der so geistvoll und kenntnißreich ist, wie man nur sein kann, wenn man es in unserem heutigen aufgeklärten Mutterland vom gewöhnlichen Kanonier bis zum Polizeirevier gebracht hat. Nachdem der hohe Herr nun Beide gründlich examinirt hatte, eröffnete er ihnen, daß die Vernehmung nicht stattfinden könne und sie entlassen wären. Tiefgründlich vorlauter Reue über das Staatsgefährliche ihres Thuns nahmen unsere Freunde Abschied von der für unsere Partei so gastfreundlichen Schwelme, und Deßau war, Dank der weisen Maßregel unseres Reichstagsabgeordneten Hugo Rödiger, mit seinem Besuch, und weifte zwei Tage in unserer Mitte. Hatten wir auch keine Verammlung, so wußten sich die hiesigen Genossen doch gemüthlich zu unterhalten — allerdings ohne die Allwissende dazu einzuladen. Dieses schreckliche Attentat auf Deßau's Ruhe war nun durch das hiesige Tagesblatt bekannt geworden, und so mußte sich die Polizei aufs Neue auf die Suche machen. Es war ja möglich, daß für unsern Polizeirevier Holsendorf ein Orben oder Ehrenzeichen abfiel, der Kernte ist nämlich noch sehr — blank. Es wurde also bei 10 Genossen nach verbotenen und nicht verbotenen Schriften gehaust. „Suchet, so werdet Ihr finden!“ man nahm mit, was man fand, selbst das Bild von Ferdinand Lassalle wurde von der Hand gerissen. Als Einsprache hingen erhoben wurde, sagte der Polizei-El: „Das Charakterist ist ihre Idee,“ und das hiesige Gericht erklärte nach § 14 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 die gestohlenen oder staatsgefährlichen Schriften als Staatseigentum! (Das war eine schamlose Gesetzesverletzung von Seiten der Herren Geisteswächter. Paragraph 14 des Sozialistengesetzes spricht nur von der Beschlagnahme verbotener Druckschriften „da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden“! Ann. d. Red.) Damit war der Polizeiherr nicht zufrieden; es mußte auch bei einem Genossen in der Fabrik gesucht werden, damit der Fabrikbesitzer auch ja erfahre, daß der Arbeiter — aus Deßau muß. Nun, der Betreffende ist wohl etwas anständiger.

Einen Fall will ich noch in Besondern erwähnen, der sowohl für unser hiesiges Denunziantentum, als auch für unsere Herren Richter sehr bezeichnend ist. Ein Mann — der Name thut nichts zur Sache — hatte in einer Restauration in einem Privatgespräch geküßert, er würde es keinem Arbeiter, der von seinem Arbeitgeber mit der Peitsche traktirt wird, verzeihen, wenn derselbe mit Revolver und Dynamit arbeiten würde. Daraus bekam er eine Anklage, gefehlt zu haben gegen § 126 des Reichsstrafgesetzbuches.*) Es scheint aber seiner Ueberzeugungsart kein Gehör zu sein, nachzuweisen, daß der betreffende Paragraph nicht angezogen werden könne; er bekam darauf ein paar Tage später einen Strafbefehl zugesandt, in dem es hieß, weil er Dynamit in politischen Angelegenheiten erwähnt habe, werde er wegen „groben Unfugs“ zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurtheilt. Später aber wurde die ganze Anklage wegen Verjährung niedergelegt. Nun, nur so weiter, dann wird sich das oben Erwähnte schon erfüllen, wie wir es wünschen!

Die Rothen von Deßau.

*) Derselbe lautet: „Wer durch Androhung eines gemein gefährlichen Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.“

Hauptlied.

(Melodie: Herbei, herbei du deutsche Turnerhaft!)

Wach auf, wach auf, erkenne Deine Kraft!
O Volk der Arbeit, heime Deine Ketten!
Wirf ab das Joch, das Dich noch hält in Haft —
Es gilt, aus Schmach und Noth Dich zu erretten.
Schon stehen Deine Brüder kampfbereit
Und schreien laut im Schein der Morgenlonne,
Nicht mehr zu weichen,
Nicht zu wanken,
Bis, o Sonne,
Sie sich den Sieg erkämpft im harten Streit!

Glück auf, Glück auf, zur lang ersehnten Schlacht!
Die alte Welt erbebt in ihren Fugen,
Der Scherengetroß, er schießt vor Deiner Macht,
Es wird kein Pfasse mehr Dein Recht verdrängen.
Das würdige Werk, genährt durch Haß und Reid,
Der Lügenbau zerfällt in sich zusammen,
Und aus den Trümmern,
Aus dem Schutte
Schlagen Blitzen
Der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Steh' fest, steh' fest, denk an Dein hohes Ziel,
Der Ruf erschallt: Wir wollen nicht mehr dastehen!
Ein Jeder, der im heil'gen Kriege fiel,
Und Alle, die im Freiheitskampfe starben,
Sie sollen uns ein hehres Vorbild sein,
Bei ihrem Blute wollen wir geloben:
Es ist genug!
Das Hungertod,
Das wir gewohnt,
Es soll das Leidensgut der Knechtschaft sein!

Herbei, herbei, ihr Unterdrückten all!
In den Kasernen sich die Brüder regen,
Sie sind mit uns, und auf dem Festungswall
Winkt eine rothe Fahne uns entgegen.
Ein Jubelruf aus tausend Reihen dringt,
Das Morgenroth beschießt die Bruderkriege —
Das Emigriert,
Das in der Noth
Wie heut im Siege
Die Hölzer all zu einem Bund umschlingt!

H. A. — J.

Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen ein:

Vierte Sendung mit fortgesetzter Liste von Joh. Ph. Becker.

Nr. 83 Der erste Gypsabguß des Kopfes von Lassalle nach der unter Becker's Leitung an dem Bestfordenen abgenommenen Form.

„ 84 Lithographirtes Portrait von Alfred Riechel, gefallen im Juli 1849 im Gefecht bei Cob. Von lese in der „Geschichte der Süddeutschen Wairevolution“ von Joh. Ph. Becker und Chr. Esellen, namentlich S. 417.

„ 85 Lithographirtes Portrait von Max Dortu, dieses ersten Standbrechens der Racheucht des „Kürassiers-Prinzen“. Näheres über ihn folgt die „Geschichte der Süddeutschen Wairevolution“, S. 425—427 und 428.

„ 86 1 Exemplar der Geschichte der „Süddeutschen Wairevolution“ von Joh. Ph. Becker und Esellen. 1849.

„ 87 „Der Berliner Kongress 1838.“ Ein Fragment.

„ 88 Rede eines deutschen Republikaners an seine Landsleute in der Heimath, von Prof. Luerich Dattmer aus Mainz, 1848.

- Nr. 89 Sozialistische Blate. Ubigien of en Arbjder, Kobenhavn 1871.
- „ 90 „Die Zukunft der Sozialdemokratie“, den Rbner Parteigenossen gewidmet und vorgetragen von J. Diezgen. 1878.
- „ 91 „Mit Skorpionen statt mit Ruthen.“ Enthüllungen von einem Demokraten über den wahren Charakter der Schleswig-Holsteinischen Bewegung. London 1864.
- „ 92 „Internationale Arbeiterassoziation“ in 2 Expl., ein „Aufschreiben des Zentralkomitees der Sektionsgruppen der deutschen Sprache an die Sektionen und mitgenösslichen Gesellschaften.“ Verfaßt von Joh. Ph. Becker. Genf 1862.
- „ 93 „Solidarité ou bien être universel.“ Conseils pour l'émancipation des peuples. Par Roussolot, manuscrit-caroussé à Lyon. Gendve 1859.
- „ 94, 95 und 96. Drei Päckchen mit je 100 Briefen aus verschiedenen Ländern.
- „ 97 Ein Manuscript von 213 Quartseiten: „Die Kommune.“ Beitrag eines Arbeiters zur Lösung der sozialen Frage.
- „ 98 „Manifest an die deutschen Demokraten im Auslande“, als Beilage der „Evolution“, redigirt von Joh. Ph. Becker und kurz vor Ausbruch der Süddeutschen Wairevolution 1849 im Aus- und Heimathland massenhaft verbreitet.
- „ 99 Troisième Congrès de l'Association internationale de travailleurs à Bruxelles. Comptes rendu officiel.
- „ 100 L'Esprit du jour et poésies diverses, par Marc Michantailleur de pierres.
- „ 101 „Zur Arbeiterfrage.“ Lassalle's Rede am 16. April 1863 in der in Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung. 80 Briefen von Prof. Duffte und Dr. Lohar Bucher.
- „ 102 „Helden und Märtyrer der deutschen Freiheit“, von Rudolph Schramm.
- „ 103 A bas les Masques. Mr. Henri Rochefort et le „Gutenbergsberg“ (organe de la Typographie), contenant des lettres de E. Lefrançois, A. Piéron, Jules Guesde, Armand Dorval, Henri Rochefort, Leopoldo Sago, Jean Ph. Becker et beaucoup d'autres.
- „ 104 Ein Abschnitt der „St. Galler Zeitung“ mit Bruchstücken eines Gedichtes von Joh. Ph. Becker an die Festmahlstische der Feier des 60. Jahrestags der Schlacht bei Leipzig (1813) am 18. Oktober 1863. Das ganze Gedicht war bis jetzt nicht ausfindig zu machen.
- „ 105 „Ueber den Idealismus der Sozialdemokratie, zu einigem Trost der Bourgeoisie“, nebst einem Gedicht: „Rein einigem Kultus“ von Joh. Ph. Becker. 1872.

Bon R. Kistetten: Lamartine, Histoire des Girondins, Vb. I und III.
Aus Amsterdam: Openbare Diskussie tusschen de Heer A. J. Westhoff en F. Domela Nieuwenhuis.

Um weitere Einsendungen ersucht
Die Archivverwaltung.

Briefkasten.

der Expedition: S. R. D.: Nr. 320 Vb. 2. Du. erh. Inb. Einspänner schneller unmöglich. — Paul Sp.: Reis hier. — Roland Nr. 350 à Gto. Vb. 10. gutgebr. Kdr. notirt. Gemüthliches fort. — Alter Unversehrlicher: Vb. 19. Kreuzte mit Jhrigen v. 20/5. Red. bfm. dfo. erh. Keltiere besonders erwünscht. — Gallunke: Vb. 21. dfo. erh. Weiteres besorgt. — J. J. 20 Gto. f. Schft. erh. — S. R. G. Nr. 130 f. Schft. an J. 2. erh. Sdg. ab. — ††† himm. — Nr. 350 Vb. 2. Du. Dr. G. erh. Sdg. am 22/5. ab. — Fenerländer: Nr. 100 — à Gto. Vb. 10. erh. Bllg. folgt. — Därmia: Vb. 21. dfo. erh. Nr. 8 — gutgebr. Dank u. Bravo! — Rother Oberbergr Nr. 9 — Vb. 2. Du. u. Schft. erh. Alles fort. — Rother Hans: Nr. 24 20 à Gto. erh. Kdr. notirt. Weit. u. Dumisch. — Remport: Nr. 947 (Doll. 188 98) Kdr. betrag der v. d. „N.“. Bolkstg. gef. Beiträge für den Rigs. Hfbs dfo. erh. — S. R. G. London: Remitt. 14. 15. 19. 20 erwünscht. Nr. 5 — geföhrt. Bllg. folgt. Zufage von M. u. R. 40 heute unerfüllt. — Paris: Filialgebr. Kdr. wird demnächst veröffentlicht. Weiteres besorgt. — Franz St.: Wird mit der Exped. jetzt in Frieden sein. Warum unseren Vj. nicht sofort beantw. ? Weiteres besorgt. — Nr. 5 — Vb. bis Ende Aug. geeigneten Orts dfo. verwendet. — Dr. O. Habr.: Nr. 750 Vb. bis Ende 85 pr. K. R. G. erh. — Wilmitt Rmstr.: Nr. 210 Vb. 2. Du. erh. — Einigkeit macht stark: 30 Gto. Schft. erh. In Nr. 9 der „Arb.“ sind die Nr. 11 — doch genügend quittirt. — Schaffhausen: Nr. 540 (Nr. 430) vom Deutschen Arbeiterverein „Concordia“ an die streikenden Tischler in Rönigsberg dfo. abgehandt. — Worgentoth R.: Nr. 12 — f. Schft. erh. — Rother Lulu Nr. 12 — f. Schft. erh. Bllg. folgt. Kdr. notirt. — Rother Spinnere. Allerdings entdeckt, aber nur zufällig also nicht profitlich. Vb. am 27/5. Weiteres. Bllg. folgt. — Ch. S. St.: Nr. 150 B. Beitr. dfo. erh. Bf. mehr. — F. St. St. Gallen: Nr. 2 — Vb. 2. Du. erh. Die Sache hat sich noch nicht machen lassen. Dem Verleumder Stierche werden wir gelegentlich „dienen“. —

In neuer und verbesserter Auflage erschien bei der Unterzeichneten:

Grundzüge der Nationalökonomie.

Von C. K. Schramm.

Preis: 65 Cts. — 50 Pf.

Zur Einführung in das Studium der Volkswirtschaft dringend empfohlen.

Volkbuchhandlung.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Diskussion über Anarchismus und Kommunismus.

geführt von Paul Grottkau und Joh. Rosk.

Preis: 50 Cts. — 40 Pf.

Volkbuchhandlung und Expedition des „Soz.“

Höttingen-Zürich.

London Commun. Arb.-Bildungs-Verein

49 Tottenham Str. Tottenham Court Road W.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet täglich von Morgens 9 Uhr bis Abends 12 Uhr. Zureisende Genossen werden ersucht, auf unsere Adresse genau zu achten.

Der Vorstand.

Der Verkauf des Parteiorgans

findet ausser im Verein auch bei folgenden Filialen statt:

Soaldblood, 29 Foly Street, Cleveland Street W.

Taube, Friseur, Edward Street, Soho Square W.

Schweitzer, Bookseller, 43 Commercial Road, Witheschapel E.

Molzer, 74 Warren Street, Tottenham Court R. W.

Bookseller, 51 Charlotte Street, Fitzroy Square W.

An unsere Korrespondenten.

Wir bitten in jedem Brief u. f. w. Reis deutlich anzugeben, welche Briefe, Sendungen u. f. w. bis zu Abgang eingetroffen waren. Bei Abänderungen, Adressänderungen und dergleichen ist unbedingt Vorkehrung zu treffen, etwa Laufendes in sichere Hand zu legen. Alle Adressänderungen bitten wir in Deutsch- und Lateinschrift (bevorzugt Kontrolle) deutlich zu schreiben.

Dezabressaten oder deren Angehörige sind zur Kliefierung sofort nach Empfangnahme strengstens anzufachen.

Expedition des Sozialdemokrat.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei in Höttingen-Zürich.